

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	73 (1981)
<b>Heft:</b>	10
<b>Artikel:</b>	Instabilität im Nahen Osten : nochmals vier Jahre Regierung Begin in Israel?
<b>Autor:</b>	Bergmann, Theodor
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-355059">https://doi.org/10.5169/seals-355059</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# **Instabilität im Nahen Osten**

## **Nochmals vier Jahre Regierung Begin in Israel?**

*Theodor Bergmann*

Menachem Begin, Führer der rechtsgerichteten Likud-Partei, hat seine zweite Regierung gebildet. Mit 48 von 120 Mandaten des israelischen Parlaments ist seine Fraktion gleichstark mit der des Linksblocks der drei sozialistischen Parteien (plus der Bürgerrechtlerin Shulamit Aloni). Aber mit sehr unterschiedlicher Motivation unterstützen die drei religiösen Parteien seine Politik. Wird er vier Jahre regieren? Wieviel Schaden wird Israel in dieser Zeit nehmen?

### **Das Wahlergebnis und seine Gründe**

Wenige Monate vor den vorgezogenen Parlamentswahlen hatte es noch nach einem durchschlagenden Erfolg des Linksblocks (Maarach) unter Shimon Peres ausgesehen. Das Endergebnis war für die Linke eine bittere Enttäuschung. Im Wahlkampf hatten Begin und seine Wahlmanager alle Register gezogen. Bei einer Inflationsrate von weit über 100 Prozent jährlich hatte sein neuer Finanzminister einige spektakuläre Preissenkungen verordnet. Der sefardische Wohnungsbauminister versprach Wohnungen. Landwirtschaftsminister A. Sharon, ein Superfalke, jetzt Verteidigungsminister, arrangierte Freifahrten für Zehntausende zu den neuen Siedlungspunkten der besetzten Westbank. Rüde Angriffe auf französische und deutsche Politiker, die Zerstörung des irakischen Atomreaktors bei Bagdad, die starken Worte gegen Syrien sollten den Wählern Stärke nach aussen demonstrieren, an ihre nationalistischen Instinkte appellieren und die inneren Schwächen verdecken. Terror gegen Versammlungen und Büros des Maarach tat ein übriges, um rechtsradikale Hochstimmung anzuheizen.

Begins Regierung war die ganzen Jahre über schwach gewesen, gezeichnet durch ständige Querelen, Rücktritt der wichtigsten Minister, die eigentlich den Frieden mit Ägypten, den ersten Friedensschluss mit einem arabischen Nachbarn, bewerkstelligt hatten (E. Weizmann und M. Dayan). Die Inflation war schneller als je zuvor; sie traf und trifft natürlich die ärmsten Schichten am härtesten. Seine Politik der Besiedlung der besetzten Gebiete (der Westbank) war lautstark, spektakulär, unerhört teuer, aber ohne Anklang bei der Masse der jüdischen Bevölkerung. Die neuen Siedlungen sind zahlreich, haben aber wenig Siedler und bieten noch weniger Arbeitsplätze, sodass viele nach Kern-Israel fahren, um dort zu arbeiten.

Mit seinem Nationalismus, den Demonstrationen militärischer Stärke gegen die arabischen Nachbarn appellierte und traf Begin die Gefühle

grosser Teile orientalischer Juden, die heute die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Sie wurden zwar von den europäischen Juden und den früheren Arbeiterparteiregierungen nicht benachteiligt, aber sie blieben in der kapitalistischen Gesellschaft zuerst einmal fast automatisch zurück, weil sie noch in einer überholten Sozialstruktur eingebunden und weniger gebildet waren, weil nur die ärmeren Schichten eingewandert waren, während die wohlhabenden Familien, z. B. aus Nordafrika, Frankreich und Westeuropa bevorzugten.

Die kleinen liberalen Gruppen wurden im Zuge der Polarisierung der jüdischen Gesellschaft zermahlen. Wichtig ist von den kleinen Gruppen nur noch der Wahlblock der moskautreuen KP, die mit 4 (nach 5) Abgeordneten in die Knesseth zurückkehrte. Sie ist wohl die einzige legale, im Parlament vertretene KP der Region. Der grösste Teil ihrer Wähler sind Araber, meist christliche Araber von Kern-Israel, die nicht Kommunisten sind, aber gegen die Regierungspolitik demonstrieren wollen. Dieser arabische Anhang der KP ist etwas zurückgegangen, und ein beträchtlicher Teil der Araber wählt Arbeiterpartei und ihre Partner – sei es auch mit Vorbehalten.

### **Der Linksblock und seine Schwächen**

Auch wenn Begin die Regierung bilden konnte, so vertritt diese nur die Hälfte der Bevölkerung. Die vereinigte Linke hat ihr Ziel, den Sturz der Begin-Koalition, nicht erreicht. Ohne Zweifel kommt der Linken das grosse Verdienst zu, während und nach dem nazistischen Versuch der «Endlösung» den Staat aufgebaut und über 30 Jahre geführt und verteidigt zu haben. Sie würde heute eine andere, flexiblere Politik in den Grundfragen der äusseren Beziehungen betreiben. Zwar gibt es auch in ihr Aktivisten, die für Siedlung in den besetzten Gebieten eintreten. Aber ihre grosse Mehrheit – vor allem ihr sozialistisch bewusster, fester Kern, die Mitgliedschaft der Kibbuzim – fordert Verständigung mit den arabischen Nachbarn. Ihre Aussen- und Verteidigungspolitik war im grossen ganzen defensiv, auf Verständigung gerichtet – und würde es wieder sein. Ohne ihre Stimmen hätte Begin den Friedensvertrag mit Ägypten nicht im Parlament, der Knesseth, durchsetzen können!

Die Schwächen der Linken sind aber nicht zu übersehen und haben über die dreissig ersten Regierungsjahre zugenommen. Sie ist dem Begin-schen Rechtsextremismus und Chauvinismus nicht offensiv genug begegnet – aus Furcht vor dem Vorwurf des «Vaterlandsverrats». Peres hat vorsichtig vor dem Bombardement des irakischen Atomreaktors gewarnt – zu vorsichtig. In der Regierungszeit war man zu selbstzufrieden; die Arbeiterparteien haben sich im Aufbau verschlissen, wurden von der Korruption der bürgerlichen Gesellschaft angefressen. Man kümmerte sich zu wenig um die orientalischen Juden und übersah den immanenten Drall dieser Wirtschaftsordnung, immer wieder soziale Schichten zu marginalisieren.

Auch in der Opposition hat sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei MAPAI, Kern des Linksblocks, noch nicht regeneriert. Es ist ein fragwürdiges Stereotyp in der bürgerlichen Demokratie, das Sitzen auf den «harten Bänken der Opposition» führe automatisch zur inneren Erneuerung. Die ständigen persönlichen Querelen zwischen Oppositionsführer Shimon Peres und dem früheren Ministerpräsidenten Jizchak Rabin sind nicht die Krankheit selbst, nur ihr Symptom. Weil neue politische Ideen, gemeinsame, grosse Ziele und Aufgaben nicht erarbeitet worden waren, konnten die Zänkereien der zwei ersten Namen so die Bühne beherrschen. Die Versöhnung der beiden Antagonisten wenige Tage vor den Wahlen war psychologisch recht ungeschickt, hat kaum Stimmengewinne gebracht.

Offenbar leidet die israelische Sozialdemokratie, ähnlich wie ihre Schwesternparteien in Europa, an einem Mangel an sozialistischen Ideen und wirklichen Alternativen zum bürgerlichen Krisenmanagement. Die MAPAI hatte vor und bei der Staatsgründung zwei grosse Ziele: Zionismus und Sozialismus, was immer Sozialdemokraten darunter verstehen mögen. Das zionistische Ziel, Schaffung und Sicherung eines Staates für die in vielen Ländern Europas, Asiens und Nordafrikas verfolgten Juden, war 1948 erreicht. Die Juden der anderen Länder beabsichtigen nicht, nach Israel einzuwandern, falls ihre Lage erträglich bleibt. Das sozialistische Ziel, im Mikrokosmos der Kibbuzim verwirklicht, hat zwar die umgebende Gesellschaft beeinflusst, aber sie nicht grundlegend verändert. Zudem hat es wegen der allgemeinen Krise des Sozialismus an Leucht- und Anziehungskraft (vorübergehend) verloren. Eine neue Generation nach der der «founding fathers» kann nicht in ständiger Dankbarkeit alten Idealen nachhängen. Neue Ziele und Aufgaben muss sie sich aber selbst formulieren und stellen.

Eine der grossen Aufgaben ist ohne Zweifel die Verständigung mit den arabischen Völkern der Region. Diese kann nur von der israelischen Arbeiterbewegung angepackt und schliesslich gelöst werden. Eine zweite Aufgabe ist der weitere Aufbau eines modernen, laizistischen Staates, in dem Toleranz gegen alle Religionen und zwischen den Sekten, besonders aber zwischen jüdischen und arabischen Bürgern herrscht. Das dritte ist die kulturelle, soziale und ökonomische Assimilation der sozial zurückgebliebenen Einwanderergruppen.

### **Zunehmende Isolierung nach aussen**

Die militärischen Schläge, die die israelische Armee austeilt, waren gezielt und auf kurze Sicht erfolgreich. Eine politische Lösung des Palästinenser-Problems aber kommt der Begin-Partei bisher nicht in den Sinn. «Historische Gründe» wurden für die dauerhafte Besetzung der Westbank herangezogen. Also wurde das Feld der militärischen Operationen immer weiter ausgedehnt. Damit wurden alte, selbst gesetzte Grenzen, die im ganzen defensiver Haltung entsprachen, zunehmend

überschritten. Aber die militärischen Erfolge wurden mit einem hohen politischen Preis bezahlt und haben die politische Lösung der Grundprobleme nicht nähergebracht.

Auf den Abschuss zweier syrischer Helikopter im Libanon Ende April antwortete Syrien mit der Installation sowjetischer Luftabwehraketen. Begins Drohungen konnten keinen Rückzug erzwingen und sind inzwischen fast vergessen. Die Zerstörung des irakischen Atomreaktors wurde in der Welt weitgehend verurteilt und führte zu einem zeitweiligen amerikanischen Ausfuhrstopp von Kampfflugzeugen nach Israel. Die Präventiv- und Vergeltungsschläge gegen die PLO im Libanon brachten zwar die Zerstörung von PLO-Kommandozentralen, aber auch Hunderte Todesopfer unter Zivilisten und führten zu schwerem Beschuss grosser Landstreifen im Norden Israels. Die USA verlängerten den Lieferstopp und zeigten, wieviel Druck sie heute auf das weitgehend isolierte Israel ausüben können und wie wenig die Pro-Israel-Lobby nach den Präsidentenwahlen gilt. Begin handelt offenbar nach dem alten preussischen Satz: «Viel Feind, viel Ehr!» Er hat ein Maximum an Isolierung erreicht; weiter geht's nimmer!

Begin versucht nun, sich noch stärker mit den USA zu verbünden, d. h. Israels Schicksal mit den nordamerikanischen Interessen zu verbinden. Der Antikommunismus und die angebliche sowjetische Bedrohung sind der merkwürdige ideologische Kitt des supergrossen und des kleinen Partners. Damit kommt Begin zwar einer Lieblingsidee von Reagan und Haig entgegen, missachtet aber für kurzfristigen Vorteil die langfristigen Interessen Israels und ignoriert die grossen Interessenlinien der USA-Politik im Nahen Osten. Es kann nicht im Interesse des kleinen Israel liegen, besonders exponierter, strategischer Vorposten der USA gegen die Sowjetunion zu werden. Dazu fehlt auch jede strategische Tiefe. Ebensowenig darf Israel seine Kräfte auf den Schutz der Rohstoffversorgung anderer Staaten verzetteln. Eine gemeinsame Front aller (potentiellen) Partner der USA im Nahen Osten mit Israel bleibt für die nächste Zukunft eine Illusion. Die jetzige US-Regierung misst aber offensichtlich bei der Wahl ihrer regionalen Partner Israel einen geringeren Wert als etwa Saudi-Arabien. Da spielen handfeste ökonomische Interessen, die Erdölkonzerne und der Erdölbedarf, die Grösse des saudischen Marktes für Rüstungsgüter und ähnliche Faktoren eine grosse Rolle.

Sicher muss Israel sich militärisch behaupten können, bis weitere Nachbarn zu dem grossen Schritt des Ägypters Sadat, zur Anerkennung bereit sind, bis sie Israel als bleibenden Nachbarn in ihrer Region akzeptieren. Während Israel früher auf dieses Ziel hingearbeitet und möglichst jede unnötige Aggressivität vermieden hat, eskaliert sich jetzt Verbitterung und nationalistischer Hass auf beiden Seiten. Staatsmännische Kunst wäre es, vom militärischen Übergewicht so sparsam wie möglich Gebrauch zu machen und die Zeit des Übergewichts durch Friedensbemühungen positiv zu nutzen. Aber Begin ist kein Staatsmann, sondern ein demagogischer Wahlkämpfer und Stimmenfänger. Es klingt zwar

sehr radikal, bei jeder Gelegenheit Vergleiche mit den grossen Verbrechen des Nazismus am jüdischen Volk zu ziehen. Aber es scheint unangemessen, jede syrische Militäraktion mit Hitlers Holocaust gleichzusetzen. Damit werden die nazistischen Schandtaten eher bagatellisiert.

### **Wachsende Kritik im Innern**

Begins Aussenpolitik und seine kraftmeierische Rhetorik haben in Israel selbst zunehmend heftige und grundlegende Kritik hervorgerufen, was in der internationalen Presse kaum zur Sprache kam. Man erinnerte anlässlich des Bombardements von Beirut im Juli an die Zerstörung des arabischen Dorfes Deir Yassin durch Begins Untergrundkämpfer während des Unabhängigkeitskrieges 1947/48 und die damals einmütige Verurteilung durch Regierung und Volk. Das biblische «Aug' um Auge» wird abgelehnt und eine politische Lösung des Palästinenserproblems gefordert, das militärisch nicht mehr zu lösen sei. Die militärischen Erfolge werden als Pyrrhus-Siege angesehen, weil sie politische Lösungen weiter und ohne wirklichen Verteidigungsnotstand erschweren. Es wird aber auch kritisiert, dass der Maarah seine politischen Alternativen nicht genügend verdeutlicht habe.

Der persönliche Wettstreit zwischen Peres und Rabin wurde nur notdürftig und nicht gründlich bereinigt, und keiner von beiden scheint bereit, seiner Partei durch einen Verzicht zu dienen. Daher hoffen jetzt manche oder viele, dass der Staatspräsident, Jizchak Navon, nach Ablauf seiner Amtsperiode wieder in die Politik zurückkehrt und in seiner Arbeiterpartei reaktiviert wird. Ihm werden viele der Fähigkeiten und Eigenschaften nachgesagt, die nötig sind, um in einem so schwierigen Volk unter so schwierigen Verhältnissen einen Wahlsieg zu erringen und eine Regierung zu leiten. Er ist orientalischer Jude, seine Familie lebt seit vielen Generationen im Lande; er beherrscht die arabische Sprache, pflegt Kontakte auch zu den Minoritäten, ist bescheiden, gebildet, politisch erfahren, langjähriger Anhänger der MAPAI.

### **Nahost – eine instabile Region**

Für den aufmerksamen und distanzierten Beobachter besteht kein Zweifel, dass Israel nicht der Faktor oder auch nur Hauptfaktor der nahöstlichen Unruhe ist. Die ganze Region befindet sich in einem Zustand der Instabilität und Gärung. Folgende Hauptursachen können dafür genannt werden: Der Kampf um die Entkolonialisierung und nationale Unabhängigkeit; Fortbestand feudaler Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen, die soziale, ökonomische, technische und kulturelle Erneuerung hindern; die neue «nationale Bourgeoisie» ist kein Modernisierungsfaktor; Zwang zu technischer Erneuerung für die Erdölländer; Kampf um die Führungsrolle in der arabischen Nation (hinter die man wohl ein Fragezeichen setzen muss); Panislamismus und reaktionäre Rolle religiöser Führungen; religi-

öser Fanatismus islamischer Sekten; nationale Grenzstreitigkeiten und Kriege (Irak-Iran); historisch absurde Grenzziehungen der Kolonialmächte; mangelnde Bereitschaft der Ölstaaten zu einem innerarabischen Lastenausgleich und zu einer Hilfe ohne politische Bedingungen; strategische Interessen der Grossmächte und daraus folgende Einmischung; die von allen Grossmächten geförderte, enorme Aufrüstung aller Regierungen.

Als relativ moderner Staat hat Israel die Gegensätze zwischen alter Sozialstruktur und Erfordernissen moderner Entwicklung deutlich und den Arabern bewusst gemacht. Das erlaubt den Feudalherren, ihren Widerstand gegen soziale Veränderungen als nationalen Widerstand gegen den israelischen Eindringling auszugeben.

Viele reaktionäre und konservative nationale Führer der arabischen Völker haben mit Hitlerdeutschland als dem Hauptgegner ihrer kolonialen Unterdrücker sympathisiert und bei Kriegsbeginn 1939 aktiv zusammenzuarbeiten versucht. Sie konnten nicht begreifen, dass Hitlers Sieg noch stärkere Zurücksetzung, Versklavung und Ausbeutung der Kolonialvölker bedeutet hätte. Da sie Hitlers Feindbild des feigen, militärisch untauglichen, faulen Juden glauben wollten, waren sie durch die Erfolge jüdischen Aufbaus und jüdischer Verteidigung völlig überrascht, gelähmt und in ihrer nationalen Würde beleidigt. Dieses Trauma von 1948 wurde verstärkt durch die völlig überraschende Niederlage der verbündeten vier arabischen Länder im Sechstagekrieg 1967. Das alles schafft Hürden gegen eine Anerkennung des historischen Faktums Israel in dieser Region als dort verbleibendes und zu integrierendes Element. Es gelang nicht, die Juden ins Meer zu werfen, wie es damals (1947) von der arabischen Legion geplant war und 1967 von Ahmed Shukeiri wieder propagiert wurde. Stattdessen entstand ein Riesenstrom von arabischen Flüchtlingen.

Umgekehrt haben die Juden in Israel nach dem Hitlerschen Völkermord und dem internationalen Antisemitismus ihr Trauma der drohenden Vernichtung. Aber die Rationalen unter ihnen wissen, dass über kurz oder lang eine Einigung mit der Umgebung erforderlich ist, die fast einheitlich arabisch spricht und an den Islam glaubt. Dabei gibt es ethnische, religiöse, sprachliche, politische und wirtschaftliche Gegensätze von grosser Brisanz, die nur durch die gemeinsame Feindschaft gegen Israel notdürftig überbrückt werden können.

Diese Traumata abzubauen, die Hürden der gegenseitigen Anerkennung zu nehmen, auch zwischen Israel und der neuen Nation der Palästinenser – das erfordert umsichtige, mutige Staatsmänner, Erzieher ihrer Völker, nicht Demagogen und Stimmenfänger.

Begin stützt seine neue Regierung auf die minimale Mehrheit von 61 der 120 Abgeordneten. Die Koalition ist eine heterogene und brisante Mischung von Ultranationalisten und Ultrareligiösen, die die innere Polarisierung Israels verstärken wird. Ihre Handlungsfähigkeit ist gering; ebenso gering ist die Bereitschaft des Regierungschefs, in Lebensfragen mit

der anderen Hälfte des jüdischen Vokes zu sprechen. Innere und äussere Krisen können daher nicht ausbleiben. Manche Israelis hoffen, diese Regierung werde nicht die ganze vierjährige Wahlperiode durchstehen. Die Linke aber darf nicht untätig auf diesen Fall warten, sondern muss sich ideologisch, politisch und personell erneuern und aktiv der die ganze Region, einschliesslich Israel, überspülenden Welle von Nationalismus und religiösem Fundamentalismus begegnen. Diese Aufgabe wäre leichter zu lösen, wenn sich jenseits der Grenzen irgendwo ein ähnlicher Geist zeigen würden. Aber auch ohne dieses gesicherte Echo sollte die israelische Linke den ersten Schritt machen – in der Hoffnung auf eine positive Antwort.